

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP): Aktiv gegen Armut: Pilotprojekt „Sabbatical“

Zur Lösung des Problems der Erwerbslosigkeit und von steigender Sozialhilfeabhängigkeit, insbesondere für die Reintegration von Langzeiterwerbslosen ins Erwerbsleben, sind neue, kreative und innovative Ansätze gefragt. Die Einsicht liegt nahe, dass es dafür kein Patentrezept gibt. Einzelne Massnahmen können aber als Puzzleteile eines Ganzen zu einer Verbesserung beitragen. Dabei gilt es, auch ungewöhnliche Modelle zu prüfen und gegebenenfalls im Sinne eines Pilotprojektes zu erproben, um konkrete Erfahrungen auswerten zu können.

Schweden beschreitet seit einiger Zeit neue Wege mit dem sog. „Sabbatjahr“. Ein (jedenfalls teilweise) bezahltes „Freijahr“ soll den Arbeitsmarkt durchlässiger machen. Der „Ausstieg auf Zeit“ soll Arbeitskräften eine qualifizierende Weiterbildung, Stellvertretungen bei Mutterschaftsurlaub sowie länger dauernde Krankheitsabsenzen ermöglichen, während sich gleichzeitig Arbeitslose für die Rückkehr ins Berufsleben qualifizieren können. Gravierende Mehrkosten entstehen dadurch nicht: Was man den einen als „Sabbaticallohn“ bezahlt, spart man bei den anderen als Arbeitslosenentschädigung (bzw. Sozialhilfe). Die „StellvertreterInnen“ der „UrlauberInnen“ am Arbeitsplatz können sich während ihrer zwischen drei Monaten und maximal einem Jahr dauernden Einsätzen für die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen. Weil es den UrlauberInnen erlaubt ist, sich während des Sabbaticals nicht nur weiterzubilden, sondern auch den Start in eine selbständige Erwerbstätigkeit zu prüfen, kann das Sabbatical „Sprungbrett“ für die Selbständigkeit, und für die StellvertreterInnen „Sprungbrett“ für eine dauernde Beschäftigung am „Sabbicalarbeitsplatz“ werden.

In Schweden verlief der Test in einem Dutzend Probekommunen mit dem oben skizzierten Modell so viel versprechend, dass der Sabbatical-Urlaub seit Anfang dieses Jahres allen ArbeitnehmerInnen offen steht. Auch in Bern könnte sich ein Pilotprojekt innerhalb der städtischen, ev. kantonalen Verwaltung lohnen und wenigstens für einen Teil der Arbeitslosen bzw. Sozialhilfeempfängerinnen u. U. auch für junge Schul- oder StudienabgängerInnen eine Perspektive bieten. Gleichzeitig könnte die Stadt Bern auf kostengünstige Art und Weise die Motivation ihrer Angestellten verbessern und ihre Attraktivität als Arbeitgeberin erhöhen. Das Angebot muss auf freiwilliger Basis funktionieren und sollte in allen Teilen der Stadtverwaltung insbesondere auch im kaufmännischen Bereich genutzt werden. Bei der Abfallentsorgung werden schon in diesem Sinn erfolgreich Langzeitarbeitslose eingesetzt.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt, folgende Massnahmen zu prüfen:

1. Einführung eines mindestens einjährigen Pilotprojektes „Sabbatical“ in Zusammenarbeit der Arbeitslosenkasse/LAM des beco mit der Stadtverwaltung
2. In Zusammenarbeit mit der kantonalen Verwaltung, Ausdehnung des Pilotprojektes auf die Kantonsverwaltung
3. Auswertung der Resultate der Pilotprojekte und nach Möglichkeit Einführung des „Sabbaticals“ als festes Angebot.

Bern, 28. Juni 2007

Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz, SP), Markus Lüthi, Guglielmo Grossi, Gisela Vollmer, Beni Hirt, Ruedi Keller, Rolf Schuler, Patrizia Mordini, Liselotte Lüscher, Hasim Sönmez, Andreas Krummen, Giovanna Battagliero, Annette Lehmann, Claudia Kuster, Thomas Göttin, Christof Berger, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Andreas Zysset, Margrith Beyeler-Graf

Antwort des Gemeinderats

Gemäss der Forderung des Postulats soll in der Stadtverwaltung ein Pilotprojekt "Sabbatical" in Zusammenarbeit mit der Arbeitslosenkasse durchgeführt werden, das nach Möglichkeit auf die kantonale Verwaltung ausgedehnt wird.

Im Rahmen dieses Pilotprojekts sollen Mitarbeitende der Stadtverwaltung auf freiwilliger Basis einen bezahlten Sabbatical-Urlaub von 3 Monaten bis zu einem Jahr beziehen können. Während der entsprechenden Stellenvakanz sollen Arbeitslose, Personen, die Sozialhilfe beziehen sowie Personen, die eine Schule oder ein Studium absolviert haben, befristet eingestellt werden, damit sie sich während dieser Zeit für den Einstieg oder die Rückkehr ins Erwerbsleben qualifizieren und sich so bessere Chancen für die Stellensuche schaffen können.

Die Abklärungen der Stadt zu den Rahmenbedingungen eines solchen Projekts haben folgende Resultate ergeben:

Seitens der Arbeitslosenversicherung (ALV) sind Leistungen nur möglich, wenn Versicherte überhaupt Anspruch auf Leistungen haben. Dies ist bei ausgesteuerten Arbeitslosen, die Sozialhilfe beziehen, nicht der Fall. Im Bereich der Arbeitslosenversicherung sind gemäss der Dienststelle Logistik Arbeitsmarktliche Massnahmen (LAM) des beco Berner Wirtschaft Taggeldleistungen im Rahmen von Arbeitsmarktlichen Massnahmen (AMM) zur besseren Wiedereingliederung von Arbeitslosen grundsätzlich möglich. Allerdings steht bereits heute eine Vielzahl von AMM zur Verfügung, die bedarfsorientiert bereitgestellt werden. Auch die Stadtverwaltung beteiligt sich daran. So sind für Berufseinsteigerinnen und -einsteiger nach Lehre und Studium Berufspraktika in Wirtschaft und Verwaltung, für Stellensuchende aus dem kaufmännischen Bereich Übungsfirmen und für Langzeitarbeitslose verschiedener Branchen Einsatzplätze in Non-Profit-Organisationen, so genannte Stellennetzplätze, in genügender Zahl vorhanden.

Der Rückgang der Stellensuchenden seit Mitte 2006 hat zu einer verringerten Nachfrage bei den AMM geführt. Dies zeigt sich namentlich bei der zum Teil ungenügenden Auslastung der AMM sowie bei den ungenutzten Berufspraktikaplätzen. Der Zeitpunkt für die Durchführung eines Pilotprojekts „Sabbatical“ wird vom LAM wegen der aktuellen Situation des Arbeitsmarkts als sehr ungünstig erachtet - insbesondere deshalb, weil fast keine geeigneten Stellensuchenden vorhanden sind. In jedem Fall müssten zahlreiche Fragen auf verschiedenen Ebenen – unter anderem auch beim seco – geklärt werden. Zudem wird bezweifelt, dass mit einem auf ein Jahr beschränkten Pilot aussagekräftige Auswertungen gemacht werden könnten.

Aus Stadtsicht muss auch auf die Problematik des Mismatching (das Profil der Arbeitslosen und jenes der offenen Stellen passen nicht aufeinander) hingewiesen werden. Die Stadtverwaltung bietet viele qualifizierte und spezialisierte Jobs an, bei denen es häufig auch auf sprachliche Fertigkeiten ankommt. Viele Stellensuchende entsprechen diesem Anforderungsprofil nicht. Damit bestehen nur für wenige städtische Mitarbeitende Chancen, geeignete

„Aushilfen“ zu finden. Dies ist aus personalpolitischer Sicht heikel. Gleichzeitig stellt sich bei solchen Auswechslungen die Frage nach dem Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag. Hinzu kommt, dass schon heute für viele offene Funktionen (Qualifizierte und spezialisierte Stellen) die Rekrutierung schwierig geworden ist. Die demografische Entwicklung wird dieses Problem noch verschärfen.

Nicht zuletzt muss auch auf den hohen Aufwand für die Projekterarbeitung wie für eine allfällige Durchführung hingewiesen werden. Neben der täglichen Arbeit und den verschiedenen bereits laufenden Projekten können die Vorgesetzten und die zuständigen Fachbereiche kein weiteres Projekt in dieser Grössenordnung bewältigen.

Ein Pilotprojekt „Sabbatical“ könnte – wenn überhaupt – erst in einer zweiten Phase auf die kantonale Verwaltung übertragen werden. Das angefragte kantonale Personalamt vertrat die Auffassung, dass eine Beteiligung durch den Kanton erst aufgrund von Resultaten eines städtischen Projekts in Frage kommen könne. Zudem müsste die Kantonsregierung darüber befinden.

Über die finanzielle Seite lässt sich noch nichts Definitives sagen. Es ist davon auszugehen, dass sich die Stadtverwaltung an den Taggeldkosten der Arbeitslosenversicherung (wenigstens) zu einem Viertel zu beteiligen hätte. Dort, wo keine Leistungen der ALV erhältlich sind, müsste sie die vollen Kosten tragen.

Die geschilderten Probleme (falscher Zeitpunkt, hoher administrativer und zusätzlicher finanzieller Aufwand) und die Tatsache, dass die Stadt sich bereits heute sehr stark auf dem Gebiet der Bekämpfung der Erwerbslosigkeit engagiert, sprechen dagegen, dass sie weitere Aufgaben und finanzielle Verpflichtungen übernimmt.

Aus all diesen Gründen möchte der Gemeinderat darauf verzichten, ein Pilotprojekt „Sabbatical“ in der Stadtverwaltung einzuführen.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat abzulehnen.

Bern, 5. Dezember 2007

Der Gemeinderat